

Digitalisierung der Verwaltung

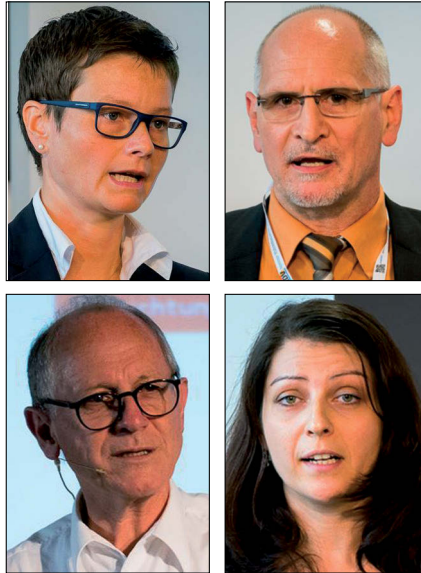
Bei der 13. E-Government-Konferenz im Juni 2016 in Innsbruck wurden digitale Initiativen aus Österreich, Südtirol und Bayern präsentiert.

An die 200 Teilnehmerinnen und Teilnehmer aus Verwaltung, Wissenschaft und Politik nahmen an der 13. E-Government-Konferenz am 8. und 9. Juni 2016 in Innsbruck teil. Die Vortragenden kamen aus der Verwaltung, von Universitäten und aus der Privatwirtschaft. Die Konferenz wurde von der *Arbeitsgemeinschaft für Datenverarbeitung* (www.adv.at) organisiert. Zentrale Themen waren das Internet of Things, Security und Smart Cities. Es wurden digitale Initiativen von österreichischen Bundesländern, Südtirol und Bayern vorgestellt.

Die technologische Entwicklung schreitet auch in der öffentlichen Verwaltung voran. Über Computer und Smartphones können elektronische Amtswegen erledigt werden. Die E-Government-Konferenz bildete eine Plattform zum Innovationsaustausch zwischen Bürgern, Wirtschaft und der Verwaltung.

Öffentliche Daten (Open Public Data), Digitale Signatur, Registrierkassen sowie Verwaltungsinnovation im digitalen Zeitalter waren Themen, die die öffentliche Verwaltung betrafen. Univ.-Prof. Dr. Dieter Fensel von der Universität Innsbruck stellte Open-Public-Data-Beispiele aus der Privatwirtschaft vor, darunter die Digitalisierung von Wanderkarten, die vom jeweiligen Alpenverein für das eigene Gebiet umgesetzt wurde. Überschrift ein Wanderer das Gebiet eines Alpenvereins, musste er die App eines anderen Vereins aufrufen, um den weiteren Verlauf einer Route angezeigt zu bekommen. Die Vereinheitlichung der Daten auf einer Plattform wäre zielführender gewesen, was die einzelnen Vereine jedoch nicht als ihre Aufgabe sahen. Das Land Tirol sammelte die Vereinsdaten und bereitete sie in einer einheitlichen Karte im Internet auf. Öffentliche Daten werden also nicht nur von der Verwaltung zur Verfügung gestellt, sondern können auch in die Verwaltung fließen.

Univ.-Prof. DI Dr. Reinhard Posch, Chief Information Officer des Bundes, präsentierte eine technische Lösung,



Vortragende bei der E-Government-Konferenz: Carmen Plaseller, Edelbert Kohler, Reinhard Posch, Muna Duzdar.

die es Mitarbeitern der Finanzverwaltung ermöglicht, manipulierte Rechnungen von Registrierkassen zu erkennen. Prof. Mag. Dr. Peter Parycek von der Donau-Universität erklärte, welche Erwartung der Bürger an eine innovative Verwaltung habe. Dazu gehören Personalisierung, Nutzerfreundlichkeit, mobile Lösungen und gebündelte Leistungen. Als Ansatz für eine Anwendung in der Praxis müsse die Planung, die Umsetzung, der Einsatz und die Analyse neuer Technologien und Ideen in einem Kreislauf erarbeitet werden. Maßgeblicher Vorteil dabei sei die laufende Verbesserung und Anpassung an neue Erkenntnisse. Eine Neuerung für den Bürger im Umgang mit seiner digitalen Signatur wird die „Aussetzung“ sein, die einer maximal zweiwöchigen, vorübergehenden Sperre entspricht. Diese kann etwa eingesetzt werden, wenn für den Bürger nicht klar ist, ob er den Zugang zu seiner digitalen Signatur verlegt oder vergessen hat; aber zur Sicherheit die Signatur vorübergehend sperren möchte.

E-Learning. Hannes Baumgartner, MSc, MA, BA und Oberst Gerhard Kletzmayer, MBA vom Bundesministerium für Landesverteidigung und Sport

(BMLVS) stellten eine Innovation in der internen Verwaltungsausbildung vor. Dort werden zukünftig ausgewählte Module von Verwaltungskursen im E-Learning-Format angeboten. Das soll eine bessere und billigere Ausbildung ermöglichen. Argumentiert wird dies vom BMLVS durch die hochwertigen Ausbildungsunterlagen, die den Auszubildenden zur Verfügung gestellt werden, womit Qualitätsschwankungen durch unterschiedliche Vortragende ausgeschlossen werden.

Ein weiteres Thema waren smarte E-Government-Anwendungen. Für den Bürger attraktiv wäre die automatische Befüllung von Datenfeldern in Formularen mit vorhandenen Verwaltungsdaten. Ein Beispiel wäre der automatische Abruf der Meldedaten und Befüllung von Adressfeldern in einem Formular.

Grenzmanagement. Tirols Landespolizeidirektor-Stellvertreter Dr. Edelbert Kohler stellte die organisatorischen und technischen Maßnahmen für die Bewältigung der Flüchtlingskrise an der österreichischen Grenze in Tirol zu Italien unter dem Titel „IT-Unterstützung fürs Grenzmanagement“ vor. Für einen geordneten Grenzübergang sei eine Regulierung des Personenflusses notwendig. Kohler erläuterte die eingesetzte Informations- und Kommunikationstechnologie, die den Beamten bei der raschen Abwicklung und der elektronischen Erfassung von Personalien diene. Dr. Bernhard Karning vom Bundeskanzleramt präsentierte die EU-Verordnung Nr. 910/2014 über die elektronische Identifizierung und Vertrauensdienste für elektronische Transaktionen im Binnenmarkt (eIDAS VO), die im Sommer 2016 in Kraft getreten ist. Er erläuterte die dafür notwendigen rechtlichen Änderungen in Form des Signatur- und Vertrauensdienstegesetzes. Dr. Josef Tinkhauser (Autonome Provinz Bozen) und DDDr. Carmen Plaseller (Ressort Familie und Verwaltungsorganisation der Autonomen Provinz Bozen) berichteten über die Initiative „Südtirol digital 2020“. Der Drei-Jahresplan in der öffentlichen Verwal-



Touren-App des Alpenvereins für Smartphones: Zum Abrufen der Toureninformationen reicht ein GPS-Empfang aus.

Die App enthält unter anderem die digitale Bildung zur Förderung der digitalen Kompetenz der Bevölkerung. Viel Wert werde dabei auf das digitale Lernen im Unterricht gelegt, um die Qualifizierung der jungen Menschen am Arbeitsmarkt zu heben.

Christian Bähr vom bayerischen Finanzministerium berichtete über die Breitbandförderung der Internetanbindungen des Freistaats Bayern. Deren Konzeption zeige, dass der richtige Einsatz öffentlicher Gelder Privatunternehmen anregen könne, in die Infra-

struktur zu investieren. Dadurch könne der Ausbau der Breitbandanbindungen weit stärker und schneller durchgeführt werden. Eine weitere Innovation in der Verwaltung Bayerns ist das „Bayernportal“, das den Bürgern gebündelte Informations- und Dienstleistungsangebote bietet. Das Portal bietet drei Portalfunktionen, die eine gesicherte Anmeldung, das elektronische Bezahlen und einen elektronischen Postkorb umfassen.

Mag. Muna Duzdar, Staatssekretärin für Diversität, öffentlichen Dienst und

Digitalisierung, stellte unter anderem Inhalte des Regierungsprogramms vor, die auf eine Vereinfachung und Entbürokratisierung vor allem für Unternehmen abzielen, darunter Maßnahmen im Bereich der Formvorschriften für Neugründungen und der elektronischen Gründungen für Einzelunternehmen.

Michael Mörz

Die nächste E-Government-Konferenz findet von 30.-31. Mai 2017 an der Donau-Universität Krems statt. www.adv.at

BUNDESAMT FÜR FREMDENWESEN UND ASYL

Neue Außenstellen

Zur Bewältigung der hohen Zahl von Asylanträgen wurde im November 2015 beschlossen, im Bundesamt für Fremdenwesen und Asyl (BFA) 500 zusätzliche Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter aufzunehmen.

In den ersten sieben Monaten 2016 wurden 274 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter eingestellt. Damit waren Ende Juli im BFA 1.169 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter inkl. Verwaltungspraktikanten, Lehrlinge und Zivildienstler beschäftigt. Im Endausbau wird das BFA 1.426 Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter

haben. Außerdem wurden sieben zusätzliche Außenstellen zur Bearbeitung der Asylverfahren eingerichtet. Fünf davon wurden bereits eröffnet – in Kärnten, Salzburg, Oberösterreich, Niederösterreich und der Steiermark. Die neuen Außenstellen in Wien und Tirol werden demnächst in Betrieb genommen. „Die Herausforderungen im Migrationsbereich haben dringend eine personelle Aufstockung des BFA erfordert. Mit den zusätzlichen Außenstellen leisten wir einen wichtigen Beitrag, um eine rasche und qualitätsvolle Verfahrensabwicklung sicherzustellen“, betont BFA-Direktor Mag. Wolfgang Taucher.

Die Regionaldirektionen Burgenland, Tirol und Vorarlberg wurden erweitert. Seitens des BFAs wurden Maßnahmen im Bereich der Personalentwicklung und der Standorterweiterung gesetzt, um eine effiziente Abarbeitung der Asylverfahren gewährleisten zu können. Durch die Personalaufstockung ist die BFA-Direktion räumlich an ihre Grenzen gestoßen. Es war daher ein Standortwechsel erforderlich, um die Raumsituation an die Anforderungen des erhöhten Personalstandes anzupassen. Die neue BFA-Direktion nahm am 1. August 2016 in der Modecenterstraße 22, 1030 Wien, ihren Betrieb auf.

FOTOS: ÖSTERREICHISCHER ALPENVEREIN